

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Abonnementpreis: Für die polenposten: 12 Mark. - Einzelhefte: 1 Mark. - Einzelhefte: 1 Mark. - Einzelhefte: 1 Mark.

Stretks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

nummer 25

Halle, 23. Juni 1928

4. Jahrgang

Noch immer Kabinettsbildung

Alle Bestrebungen, die wie an dieser Stelle schon vor Wochen geäußert haben, sind leider nur zu sehr in Erfüllung gegangen. Man hat einen tolltätigen Weg eingewandert, der unbedingte ist, aber nicht unüberwindlich ist, aber nicht unüberwindlich ist, aber nicht unüberwindlich ist...

man sich auf die Verfassung von Weimar beruft, die es in der Tat vorzieht. Eine solche Anknüpfung ist aber deshalb möglich, weil ihr keine Tat folgen wird. Es besteht damit immer ein Punkt, an dem das Zentrum einhalten kann. Man braucht den Vorgang nicht traglich zu nehmen und wird doch zu dem Erkenntnis kommen, daß auch hier die Unterlassung besser gewesen wäre.

Die Deutsche Volkspartei

Sonderlich geschieht hat die Deutsche Volkspartei bei der Regierungsbildung nicht orientiert. In den Vordergrund stellte sie die Forderung, daß auch in Preußen die Große Koalition gebildet würde. Dagegen läßt sich nicht das mindeste einwenden. Im Gegenteil. Es wäre eine Sicherung auch gegen gewisse Kreise im Reich, und das ist wohl der Grund, weshalb gerade der linke Flügel auf diesem Verlangen beharrt, während der rechte die Frage lässiger belassen hat. Man hat nun eingewendet, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen selbst die nötigen Schritte hätte tun müssen. Nur übersehen hat man dabei, daß auf sie erst ein Druck vom Reichstage her ausgeübt werden mußte. Sie steht weitestgehend bereit, als die Fraktion im Reichstag Verlangen dar, daß dies allerdings den Weimarer Koalitionsparolen nicht, daß sie diese Vorgänge mit sehr großer Aufmerksamkeit verfolgt haben und der Ansicht sind, daß diese Fraktion, die in der Regierung aufgenommen werden sollte, das selbst jagt. Der Grund, weshalb sie es nicht tut, ist bezeichnenderweise. Sie wollte abwarten, bis man an sie herantrat und sie dann Bedingungen stellen konnte. Das ist nun verwirklicht worden. Sie wird zum Herbst, wenn nicht ganz bevorstehende Ereignisse einen Strich durch die Rechnung ziehen, wieder zum Minister in Preußen stellen, aber es kann als ganz ausgeschlossen bezeichnet werden, daß sich Braun etwa über Einzelheiten Besprechungen machen läßt. Vielleicht wäre Herr Schulze gezeigt gewesen, die Große Koalition im Reich an dieser Frage scheitern zu lassen, aber wir vertreten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß das Eingreifen Stresemanns diese schönen Pläne über den Haufen geworfen hat. Der Reichsausschuss wollte von Anfang an die Große Koalition, und hat seinen Willen durchgesetzt. Die Volkspartei hat damit eine Schlappe erlitten. Es hat sich gezeigt, daß selbst der fränke Stresemann noch immer stärker ist, als manche behaupten.

Otto Hamann †

In stiller Zurückgezogenheit ist Geheimrat Otto Hamann, der erste deutsche Reichsminister, 76jährig gestorben. Es lohnt schon, ihm einige Zeilen zu widmen. Aus dem Jura- und dem Auswärtigen Amt unter Bismarck mit nachlässigen, der im Auswärtigen Amt unter Bismarck mit nachlässigen, der im Auswärtigen Amt unter Bismarck mit nachlässigen...

Ein Gedanktag

Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Dr. Everling hat es für notwendig gehalten, am 15. Juni in der Sitzung des Reichstages daran zu erinnern, daß an diesem Tage 40 Jahre vergangen waren, daß Wilhelm II. den Thron bestieg. Ein Ereignis, das die deutsche Geschichte im hohen Maße hat beeinflussen und finden, daß es gar nichts schadet, diese Erinnerung zu beleben. Es ist ja auch der 40. Todestag Kaiser Friedrichs, dessen das deutsche Volk gern gedenkt. Das hat Herr Everling nicht gelast, denn er hätte dabei einen Brief aus Portofino erwähnen müssen, in dem der schon fränke Kronprinz Bismarck dringend warnt, den Prinzen im Auswärtigen Amt zu beschäftigen, weil er oberflächlich und anmaßend sei und sich einrede, wenn er in die Asten quade, hätte er sie auch schon verhandelt. Das Urteil Bismarcks über den neuen Reichskanzler befindetlich noch vernünftiger. Wegen den Streitigkeiten wird wohl Herr Dr. Everling keinen Einbruch erleben. Man braucht nur die Namen Wilhelms I. und Kaiser Friedrichs zu nennen, um den gewaltigen Unterschied gegen den Nachfolger klar zu stellen. Sie wären beide

nicht nach einer Niederlage dahingelassen. In dieser Gegenüberstellung liegt auch die Schuldfrage gelöst. Die Erinnerung an Wilhelm II. ist die beste Bekräftigung für die Republik und ihre innere Notwendigkeit. Schade, daß niemand das Herr Dr. Everling geantwortet hat.

Die Frankensabstimmung

Wenn nicht Zeichen und Wunder geschehen, wird der fränkische Minister am Sonnabend das Gesetz über die Sabstimmung des Franken genehmigen, und sofort den beiden Häusern des Reichstages unterbreiten, die es noch in einer Nachprüfung verabschieden soll. In dieser Zeit liegt schon ein tiefer Sinn. Wenn das Gesetz am Montag in Kraft tritt, hat die Spekulation das Nachsehen. Die Börse kann gar nicht mehr die neue Lage ausnutzen. Darin sehen wir einen vortrefflichen Schachzug, der in Deutschland zur Nachahmung empfohlen wird. Im übrigen begrüßen wir die Sabstimmung, weil sie für den Handelsaustausch aller Länder eine fühlbare Erleichterung schaffen wird. Nur jene deutsch-nationalen Kreise, die nichts gelernt und nichts dazugelernt haben, lassen immer schäudernd auf den Nachbarn blicken. Jeder einsichtige Beobachter der Wirtschaftsverhältnisse wußte, wie schwer unter eigener Hand darunter gelitten hat. Dieser Schritt ist auch deshalb notwendig, weil wir allmählich zu einer Wirtschaftseinheit in Europa kommen müssen, die erst dann möglich ist, wenn alle in Betracht kommenden Währungen stabilisiert sind.

Hoovers Programm

Der republikanische Kandidat hat Herbert Hoover zum Präsidenten kandidiert. Diese Wahl ist nicht schlecht, denn Hoover, der seinen Verhältnissen entkommen ist und sich aus eigener Tätigkeit emporgearbeitet hat, gehört zu den wenigen amerikanischen Politikern, die die Welt aus eigener Anschauung kennen. Auch Deutschland. Er ist nicht der weiträumige Mann wie Wilson, der Kenntnisse der Zusammenhänge vorant. Sein Programm aber ist unerreicht. Zunächst verlangt er den Abbruch Frankreichs und Englands auf diese Lauffassung, daß man durch Wertbeweis die Gegner zur Nachgiebigkeit zwingen kann, ist geschichtlich jedenfalls noch nicht erwiesen. Aufstrebender führt zum Kriege. Auch der zweite Punkt stimmt bedenklich. Hoover teilt für Hochschätzung ein. Hoffentlich ist die alte Welt endlich heiliger geworden. Sie kann nur dann dieser Bedrohung stand halten, wenn sie endlich alles Trennende beseitigt läßt und sich zu einer Einheit zusammenschließt. Richard May.

Der 1. Stahlhelmvorsitzende verurteilt

Wegen Verleumdung der Republik und ihrer Farben Der Stahlhelmführer Franz Seidte ist vom Großen Geschäftsrichter Berlin-Mitte unter dem Vorbehalt des Sandgerichtsleiters Steinhaus wegen zweier Fälle von Verleumdung gegen den § 8, Ziffer 1 und 2 des Republikstrafgesetzes, zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen, umgewandelt in 800 Mark Geldstrafe, verurteilt worden. Der mitangeklagte Beisitzer der Bundesgerichtspräsident, Deringer, erhielt 10 Tage Gefängnis, umgewandelt in 250 Mark Geldstrafe.

Gegenstand der Anklage war der Bericht über eine Rede, die Seidte am dem Goutag Oldenburg-Striesland des Stahlhelms im September vorigen Jahres gehalten hatte. In dieser Rede hatte Seidte gegen den Leuten, die die Firma Deutsche Republik gründeten und nur ein Abbruchgeschäft, einen Abrüst- und Altschrotthandel aufmachten, hätte der Stahlhelm nichts gemein. Das zweite Verbrechen ist eine Verleumdung der Reichsregierung, die er als eine Partei- und Kammschlange bezeichnet, deren Farben zuerst von der feindlichen Propaganda, von Lieberkindern und beglückten Espionen gezeigt worden seien.

In der Verhandlung erklärte Seidte, er habe keinen Angriff gegen die Regierung und die gegenwärtige Staatsform unternehmen wollen. Es sei beim „Stahlhelm“ nicht die Absicht, nicht die Staatsform anzugehen und nicht über Religionsfragen zu sprechen. Es habe ihm auch ferngelegen, die Reichsregierung irgendwie zu beleidigen. Staatsanwaltschaftsdr. Dr. Richter beantragte gegen Seidte 6 Wochen Gefängnis, umgewandelt in 1000 Mark Geldstrafe, gegen den Mitangeklagten, Beisitzer Deringer, 4 Wochen Gefängnis, umgewandelt in 400 Mark Geldstrafe. Das Strafgericht hat zu dem zu Beginn mitgeteilten Urteil. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß der Stahlhelm des Deutschen Reiches mit einer Abbruchfirma und einem Altschrotthandel zweifelsfrei eine Verleumdung des Reiches und der verfassungsmäßigen Staatsform darstelle.

Der Einheitsstaat Eine der unrichtigsten Fragen, die der Ausschuss lösen will, ist das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Eigentlich überflüssig. Denn das ist gar nicht die Aufgabe des Ausschusses, sondern der Reich. Voraus ist jetzt anzunehmen, ist einzig und allein, daß man sich keine Ziele stecken läßt, die man nachher beugehen muß. Gerade umgekehrt läßt, die man nachher beugehen muß. Gerade umgekehrt läßt, die man nachher beugehen muß. Gerade umgekehrt läßt, die man nachher beugehen muß.

Das Schulgesetz

Es war nur natürlich, daß das Zentrum von seinen Vertretern, ein Schulgesetz zu schaffen, das seinen Wünschen entspricht, nicht abgehen würde. Das es dabei keinen zu starken sozialdemokratischen Widerstand finden würde, haben wir an dieser Stelle schon vor den Wahlen vorausgesagt. Es verlautet daher auch mit aller Bestimmtheit, daß diese beiden Parteien im wesentlichen einig sind. Der ganze Kampf ist also wieder dem Liberalismus zugehoben worden, der die unumkehrbare Aufgabe hat, zu verhindern, daß die deutsche Jugend in reaktionärem Sinne erzogen wird. Man hat auch hier den gleichen Fehler wie in allen Fragen begangen, daß man sie vorher erörtert. Wäre es das nicht, wenn der Arbeit gewesen, so hätte die Fassung des neuen Entwurfs wahrscheinlich schon gezeigt, daß eine Vereinbarung nicht erzielt werden kann. Der Entwurf hätte das Schicksal all seiner Vorgänger geteilt. Man wird vermutlich das Kompromiß dahin zuleiten kommen, daß in der Reichsregierung ein solches Gesetz angefertigt wird, wobei

Der Wahlausgang

2. Die Folgerungen

Von Reichsminister a. D. Koch-Weber, Vorsitzender der DDP.

Die Tatsache ist unbestreitbar, daß heute die meisten Wähler bei Abgabe ihres Stimmzettels nicht mehr fragen, was dient dem Interesse des Staates, sondern was dient meinem Interesse. Können ich der Leiter der Partei nicht mehr der Führer in großen, das Volk durchdringenden Geistesströmungen, sondern der Vorstehende einer Organisation, die sich für ihre Interessen zu bemühen hat. Sie wählen keinen Vertreter des Staates, sondern einen eigenen Vertreter beim Staat, ja gegen den Staat. Darunter stehen die Parteien, die ihre Politik grundsätzlich nicht nach den Interessen einer bestimmten Schicht abstellen, am meisten. Es geht nicht an, an dieser Tatsache vorüberzugehen. Sie hängt schließlich mit der materialistischen Weltanschauung und dem Aufkommen der Sozialdemokratie als der ersten bewußten und ausgesprochenen Klassenpartei zusammen. Trotzdem sehe ich noch nicht, wie sich ein Parlament auf einer solchen Grundlage sollte aufbauen können. Es mag noch einigermaßen möglich sein, die Arbeiterinteressen in eine große Partei zusammenzufassen, obwohl sich schon da, wenn diese Partei den Staat und die Wirtschaft beherrschen würde, ungeheure Interessengegenstände zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern, zwischen Stoff- und Handarbeitern, ständigen und Saison-, älteren und jüngeren, ländlichen und städtischen, männlichen und weiblichen Arbeitern herausbilden würden. Aber in allen Schichten, deren wirtschaftliches Leben komplizierter ist, gibt es überhaupt keine Möglichkeit, eine reine Interessengruppierung aufzubauen. Das Beispiel von den Hausbesitzern in Breslau, die zwei Stadtvorstände haben mußten, weil der eine die Hausbesitzer mit Zentralheizung und der andere die ohne Zentralheizung vertreten mußte, spricht Bände. Nicht anders ist es auch, wenn die Wirtschaftspartei im Reichstag an einem Tag auf Antrag der Wirte einen Antrag einbringt, den Fleischhändler unter Konfession zu stellen und am anderen Tage auf Antrag der Lebensmittelhändler die, die Hauptträger des ganzen Handels, von dieser Konfessionspflicht auszuscheiden. Wie stark innerhalb der Landwirtschaft, innerhalb der Industrie, innerhalb der Beamtenklasse die Gegensätze sind, sobald man zu gesellschaftlichen Maßnahmen übergeht, bedarf keiner Ausföhrung. Bei allen guten Willen, zu versuchen, diesen Anschauungen der Wähler Verständnis entgegenzubringen, sehe ich in ihnen doch nur die Atomisierung des parlamentarischen Lebens und die Selbstausfaltung des Parlaments aus der politischen Führung und Verantwortlichkeit. Man muß dieser Gefahr entgegenarbeiten durch Parteien, die möglichst große Gruppen der Bevölkerung unter der Devise eines Ausgleichs der Interessen zusammenfassen. Zu dem Erfolg eines solchen Versuches ist allerdings notwendig, daß auch der Staat feinerlebe sich von der Bezugsung einzelner Berufsgruppen und von einer Befriedigung der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit so weit als möglich zurückzieht. Wenn in Amerika solche Interessengruppen nicht entstehen, so doch lediglich deshalb, weil dort überhaupt niemand auf den Gedanken kommt, daß der Staat dazu da sei, um ihm eine

Existenz zu schaffen oder zu sichern. Ähnlich ist es in Frankreich und England. Je mehr man den Einzelnen lehrte, ohne Krücken zu geben, umso weniger wird er es als notwendig empfinden, sich Krücken auf Kosten des Staates zu beschaffen. Umso weniger wird er es sich aber auch gefallen lassen, am Gängelbände der großen Wirtschaftsverbände geführt zu werden. Das ist das Programm, mit dem man diejenigen, die in den Schichten der Wirtschaft freie Betätigung wollen, und diejenigen Schichten der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die nicht wollen, daß ihnen ihr Arbeitsvertrag durch Verfügungen an andere gleichmäßig wird, zusammenfassen kann. Ich sehe also in dieser Hinsicht die bisherige Politik der Deutschen Demokratischen Partei und ihren Kampf gegen eine Wiedergewinnpolitik jeder Art als richtig an und glaube, daß man mit der Verbesserung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse für ein solches Programm wieder erneute Zustimmung finden wird. Die erste Aufgabe der neuen Reichstagsfraktion scheint mir zu sein, ihre wirtschaftlichen Aufstellungen zu einem Wirtschaftsprogramm zu verbinden, das sich von Marxismus fernhält, aber sich auch nicht darauf beschränkt, ein Arbeitsprogramm zu sein.

In einer Preisgabe der Deutschen Demokratischen Partei oder der Frage ich keinen Anlaß und keine Möglichkeit. Trotz der Ansetzungen und Vorurteile, die heute aus der Erde sprechen. Was zunächst den Vorstoß einer „großen“ republikanischen Partei angeht, so sehe ich hier unüberwindliche Schwierigkeiten, sobald man über die theoretische Bearbeitung dieses Gedankens hinausgeht. Ich weiß zunächst nicht, ob die beiden politischen Führer der anderen Parteien, Herr Stresemann und Herr Wirth, die man in die Führung der neuen Partei aufnehmen bereit ist, überhaupt irgend eine Neigung dazu haben. Ich weiß nicht, ob Herrn Stresemann der gegenwärtige Zustand, wo er auf die unbedingte Anerkennung der großen demokratischen Presse und in großen politischen Fragen auf die Gefolgschaft der Deutschen Demokratischen Partei rechnen kann, ohne seine Arbeit in der eigenen Partei aufgeben zu müssen, nicht viel lieber ist. Auch daß Herr Wirth, mit dem es nicht viel anders liegt, die Neigung hat, etwas anderes zu tun, als gelegentlich gegen den Stachel der Zentrumspartei zu läden, bezweifle ich. Jedenfalls aber sehe ich nicht die Massen, die diesem Ruf folgen werden. Soviel zur Durchführung und Festigung der Republik noch zu tun ist, so reicht es für sich allein doch nicht aus, um einer Partei den notwendigen Zusammenhalt in sich und bei den Wählern zu geben. Die Wähler würden einer solchen Partei keine geben, denen es nur darauf ankomme, den republikanischen Wählerkreis dreimal täglich anzubieten. Die republikanische Ideologie allein reicht nicht aus, um eine Partei zu halten. Der Hauptgrund unseres Mißerfolges aber, die einheitliche und egoistische wirtschaftliche Einstellung vieler Wählerklassen, bliebe auch gegenüber der neuen Partei bestehen. Es käme aber die verhängnisvolle Tatsache hinzu, daß die neue Partei auch in futurere Beziehung keine einheitliche Politik

treiben könnte. Oder glaubt man, daß Herrn Wirthskraft in den streifen des jetzigen Zentrums genügen, wenn er sich zur Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Partei bekehrt? Und auch diese ist ja manchmal entschlossen genug. Ich erinnere daran, daß auch mir bedauerliche Haltung eines Teiles der Partei in der des Schand- und Schmutzgesetzes, dessen geringe Bedeutung wohl zwischen allen Wählern klar ist, zu Austritten von Parteimitgliedern geführt und verurteilt mich, daß gerade aus streifen dieser Mitglieder der Ruf ertönt, Schichten in die Partei auf deren Anschauungen nicht nur in Fragen des Schand- und Schmutzgesetzes, sondern auch in allen Schichten und Fragen ihren eigenen entgegengelehrt sind. Das müßte eine Partei nicht gründen, um Gelegenheit zu haben, auszutreten. Ueber als das Romandzettel des Wanders ist mir schließlich doch noch das Begehren Ganz gewiß beachtenswert ist der Gedanke einer Lösung der liberalen Parteien. Es liegt auf der Hand, daß nur eine solche Partei auf die Dauer die Aufgabe erfüllen kann, dem Liberalismus und der staarbarig Gewinnung weiser Entscheidung des deutschen Wählers ihm gebührende Vertretung im Reichstag zu über eine solche Partei kann sich gegenüber national-phantastischen und marxistischen Theorien behaupten. Eine solche Partei kann auch durch eine entschlossene Politik der Wiedergewinnung des deutschen Bauernstandes gehen. Nur sie vermag den notwendigen Interessenausgleich zu leisten.

Abschied vom Stahlhelm

Dr. Scholz und die übrigen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die dem Stahlhelm angehören, haben die Leitung des Stahlhelms ein Schreiben geleitet, in dem sie sich eine Verurteilung, wie sie in der Erklärung des Stahlhelms zum Ausdruck gekommen ist, unter Berufung auf ihre verfassungsmäßige Stellung, der Selbstständigkeit des Urteils bedürftig. Auch legen die Mitglieder durchwegs einseitig auf, offenbar in dem Ziel, den Stahlhelm in einen Gegenstand zur Debatte Volkspartei hinein zu manövrieren und gleichzeitig die Prätorianer-Garde der Deutschnationalen oder antiparlamentarischen Fraktionen der Deutschnationalen zu werden. Die Leitung des Stahlhelms wird ersucht, zur Mitteilung Stellung zu nehmen. Die Volkspartei geordnet, die dem Stahlhelm angehören, zielen mit dem Schreiben offenbar darauf hin, den Stahlhelm zu zwingen, die Abgeordneten von sich aus auszuschließen von seinem letzten „Kas“ abzurufen.

Durch eine vernünftige Politik durchzuführen. Nur durch eine Presse im Lande aufbauen, die an den Endlich einmal diejenigen Anschauungen, die die Parteien und die Erfolge, die sie erzielt, herabsetzt. Ein Blick auf Bayern beweist, daß, wenn dort recht eine solche Partei vorhanden gewesen wäre, zwischen 4 und 5 statt 4 Mandaten gestanden und sich durch haben würde. Eine solche Partei würde sich auch im Reichstag bei der Regierungsbildung, bei der Wahl des Präsidiums und an andere Stellen ganz anders tätigen können, als die beiden kleinen Parteien es gegenüber dem immer rauch hergestellten Zusammenbruch von Sozialdemokratie und Zentrum zu tun vermögen. würde mich deshalb prinzipiell einem solchen Gedanken. Einigung niemals widersehen, sondern bin bereit, ihn folgen, wenn die neue Partei verbürgen würde, daß — Objektiv auf beiden Seiten — in ihr Politik in national-republikanischen, sozialen und liberalen Sinne geme würde. Diese Auffassung habe ich durch Annahme des Vorstehenden in der liberalen Vereinigung bekundet. Trotz sehe ich der Durchführung dieses Gedankens skeptisch gegenüber. In der Deutschen Volkspartei befindet sich allerdings eine große Anzahl von Elementen, mit denen eine solche Politik ohne jegliche Schwierigkeiten zu machen ist. Es hören dazu alle diejenigen, denen unsere Politik in Jahren 1919 bis 1924 zu rasch und zu frühzeitig gelang ist, die damals nicht einsehen wollten, daß es galt, und entschlossen Vergangenes über Bord zu werfen, aber heute einzuziehen beginnen, daß so gehandelt werden mußte. Aber ich weiß auf der anderen Seite sehr wohl, daß es in der Deutschen Volkspartei auch viele Schichten gibt, die noch in den Vorurteilen stecken, als könnten sie uns herabwürdigen, weil wir uns schneller auf die neuen Bedingungen umgestellt haben, und die ihr Zögern einen Beweis des stärkeren Charakters gewener wissen lassen. Ich fenne auch die Zusammenhänge in dieser Partei Stahlhelmverbänden und anderen Organisationen, die Politik Stresemanns und der europäischen Verständigung feindlich gegenübersehen, und von Vorurteilen gegen Republik und Demokratie erfüllt sind. So lange diese Schichten nicht umgelehrt haben, sieht alle Verschmelzungsmöglichkeit skeptisch gegenüber und habe keine Veranlassung, zu betreiben und unsere Organisation dadurch in Unru bringen zu lassen.

Zufünftigen aus allen Teilen des Reiches beständigen mich ist mit dieser Haltung auf dem rechten Wege bin. Ein neuer Wahlkampf unter dem Zeichen des bestehenden Rechtsverhältnisses geführt wird, halte ich für ausgeschlossen. Ich würde für den Parlamentarismus geradezu bedeutende Maßnahmen zu treffen, wenn er fortwähre, die politische Verantwortlichkeit erobert zu lassen. Die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstag muß vor allem anders auf eine Veltigung dieses unerträglichen Wahls auf Grund eines Gesetzes ein, das es ermöglicht, Kandidaten aufzustellen, die das Vertrauen ihres Bezirkes haben und sich diesen Bezirk durch eine ernste Arbeit erobern können, dann ist mir um den Erfolg eines solchen Wahltampfes nicht bange.

Die deutsche Sozialbeamtin

Die Tagungen des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen, der überprofessionellen, größten Organisation dieses Berufskreises, werden stets zu Forderungen ausgehies, auf denen sachkundig und ernst um die Lösung sozialer Probleme gerungen wird. Die diesjährige Hauptversammlung, die in Nürnberg im Praesenz von Friederike Wieting, dem ersten weiblichen Politikerin in Preußen, und Adele Beerenfeld abgehalten wurde, stand unter dem Grundgedanken „Planwirtschaft in der Wohlfahrtspflege“, einem überaus wichtigen Problem, dessen Lösung noch recht wenig gefördert ist. Der Verband hatte dieses Thema gewählt, weil er es als seine Aufgabe betrachtet, auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege richtunggebend mitzuwirken. Den einleitenden Vortrag hielt der demokratische Stadtrat Wuthefisch, einer der feinsten und gewisvollsten deutschen Wohlfahrtsleiter, der Begriffe und Richtlinien kläre, nach denen in der Wohlfahrtspflege Planwirtschaft getrieben werden muß. Es kommt darauf an, die Einzelarbeit der Föhrerinnen, die letztlich den Ausschlag gibt, und die in einem ganz besonderen Sinne schöpferisch ist, an einer planvollen Wohlfahrtspolitik zu orientieren. Auf einer entsprechenden Gesetzgebung muß sich eine Verwaltung aufbauen, die vor allem Verlaufs vermeidet. Die Eigenkraft der Verwaltung darf dabei nicht geschwächt werden, sie muß aber freie Bahn für lebensvolle Einzelarbeit schaffen. Wie solche planwirtschaftlichen Gedanken in der Praxis angewendet werden sollten, zeigen an einem Sondergebiet — den Beziehungen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Wohlfahrtspflege — zwei Verbandsmitglieder, die Münchener Berufsberaterin Margarete Fitting und Dr. Hertha Kraus, eine Frau, die vor einigen Jahren als erste Führungswomaniglährige ihrer Zunft, und Originalität wegen von dem Oberbürgermeister Abenauer als Stadtdirektor nach Aöln berufen worden ist. Die lebhafteste Ansprache, die u. a. von mehreren Sozialpolitikerinnen unter den Mitglieðern, Dr. Feida Wunderlich, Oberregierungsrat Dr. Käthe Gabel, Direktor Dorothea Hirschfeld, wirkungsvoll unterbau wurde, zeigte, daß die Sozialbeamtinnen dieses Verbands dafür haben, daß die Arbeitsvermittlung in erster Reihe Instrument der Wirtschaft ist. Sie erkennen aber, daß es auch sehr wichtige sozialpolitische Aufgaben hat, und daß ein Zusammenwirken mit der Wohlfahrtspflege unerlässlich ist, vor allem um nicht mehr volle Arbeitskräfte zweckvoll zu bewirtschaften, Jugendliche erst beruftschaft zu machen u. a. m. Den Abschluß dieser Verhandlungen bildete ein öffentlicher Abendvortrag „Die

Verordnung der Wohlfahrtspflege für das ganze Volk“, bei dem Ely Heuß-Anhaly in ihrer warmherzigen Weise es verstand an Herz und Gemüt der zahlreich erschienenen Königsberger Bevölkerung zu appellieren.

Ein weiteres Moment ist als besonders bemerkenswert auf dieser Tagung hervorzuheben: die wachsende Aktivität des Verbandes auf sozialpolitischem und gesellschaftlichem Gebiet. Sie ist in erster Reihe das dankbar anerkannte Verdienst von Adele Beerenfeld, der Hauptgeschäftsführerin des Verbandes. Der Verband hat sich für alle nachdrücklich dafür eingesetzt, endlich die beruflich vor allem im Außenbereich stark überhäudeten Wohlfahrtsleiterinnen in die Anstaltsverwaltung einbezuziehen. Es ist ihm gelungen, die grundsätzliche Anerkennung dieser Notwendigkeit durch den Reichsarbeitsminister zu erlangen, aber der Verband gibt sich nicht mit nicht zufrieden, sondern hat in seiner Entscheidung auch die praktische Durchführung gefordert. Die Tagung nahm ferner Stellung zu der unerträglichen Situation, die zurecht in der Angestelltenversicherung zwischen Beiträgen und Leistungen besteht, und stellte eine Reihe bestimmter Forderungen für den geordneten und vernünftigen Ausbau auf. Gesellschaftlich hat der Verband durch aktives Vorgehen bei allen Behörden die Anerkennung seiner Tariffähigkeit erreicht, und zum Beispiel bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung praktisch durchgesetzt. Um dieses Ziel sind freilich noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, die aber die Energie des Verbandes nur härten können.

Auf der Tagung trat auch ein nationales Moment in die Erscheinung: Ausdrücklich Gründe nationaler Art hatten den Verband veranlaßt, die Hauptversammlung in die deutsche Heimat zu verlegen. Dieser Wille wurde über den Kreis der österreichischen Verbandsmitglieder hinaus dankbar gewürdigt. Den höchsten Ausdruck dafür vermittelten die warmen Begrüßungsworte des Oberpräsidenten Dr. Siehr. Er sprach seinen besonderen Dank aus für diesen Ausdruck der Zusammengehörigkeit. In der letzte reichsdeutscher Kongresse, die in den letzten Jahren nach dem „abgeschwächten“ Stypreusen“ gekommen sind, fiel diese Tagung ein wertvolles Glied. In Anwendung einer Schematisierung der Wohlfahrtspflege durch ihre kommunalverfassungser von hohem Wert, daß die Föhrerinnen ihre ganze lebendige Persönlichkeit einsetze. Eine besondere Freude war es, daß zu dem Begrüßungsende die österreichische, mit dem Ehren doktor ausgezeichnete Sozialarbeiterin Agnes Miegel erschienen war. Alles in allem ein Beweis für die Kräftigung eines Berufsstandes, dessen Arbeit dem „ganzen Volke“ gilt, das deshalb seine besondere Freude daran haben darf.

Süddeutschland und der Einheitsstaat

Finanzminister a. D. Scholl über die Staatsreform

Der demokratische Landtagsabgeordnete und frühere rübenbergische Finanzminister Scholl hat sich im Laufe der Württembergischen Verwaltungsschule in besondener Weise über die Staats- und Verwaltungsreform in Deutschland geäußert. Scholl setzte auseinander, daß die dringende Forderung des Reiches, die hauptsächlich die Demokraten vertritt, ist, gezielte eine neue Konstitution der künftigen Vereinigung in Deutschland herbeizuführen, in welcher sich diese Reorganisation bewegen hat, geht zweifellos auf den Einheitsstaat. Gegner dieser Entwicklung berufen sich zu Unrecht auf einen, denn dieser war bestritt, die Zukunftigkeit dieses auszuweisen durch Zurechnung einer Reihe indirekter Argumente an das Reich und durch Vereinfachung der Eigenschaften, was ihm allerdings beides nicht gelang. Tatsächlich war aber seit 1871 ein dauerndes Anstreben der kompetenten des Reiches gegenüber den einzelstaatlichen Kompetenzen festzustellen. Im Krieg und nach dem Krieg haben sich eine ungeheure Steigerung des Einflusses und der Ausdehnung des Reiches erlebt. Die Weltmarke der Vereinigung übertrug nicht von Staaten, sondern von Ländern; es hat es allerdings vermieden, klar für föderalistischen und Unitarismus sich zu entscheiden. Immerhin ist seit 1920 die Machtstellung des Reiches immer mehr gewachsen; die Eigenschaften und die Finanzverwaltung sind von ihm übernommen worden. Daß die Entwicklung in der Richtung zur weiteren Ausdehnung der Reichskompetenzen gehen wird, kann nicht zweifelhaft sein. Die Welt organisiert sich ja immer größeren Gebieten; die deutschen Staaten können hier nicht ausbleiben. Es gibt nun verschiedene Vorschläge, das Problem der Gewaltenteilung zwischen dem Reich und den Ländern zu lösen. — Ganz ungangbar ist die von Bayern empfohlene Lösung, die Reichsgewalt abzubauen und die Zuständigkeit der Länder wieder zu vergrößern. Der deutschnationalen Vorschlag, eine Personalunion zwischen dem Reichspräsidenten und dem preussischen Staatspräsidenten und einzelnen Reichs- und preussischen Ministern herzustellen, würde den Einfluß Preussens gegenüber Süddeutschland in ungeheurer Maß verstärken — es ist gerade unbegreiflich, daß der frühere Staatspräsident und gegenwärtige Staatsminister Vögeler diesen Vorschlag empfohlen konnte. Es bleibt also der Versuch, den dezentralisierten Einheitsstaat herzustellen. Eine Zusammenlegung Württembergs und Badens wäre jedenfalls zweckmäßig. Die Vereinigung wäre Sache des Reiches, die Verwaltung würde den Ländern überlassen, wobei natürlich eine gewisse Überwachung des Reiches gewährleistet sein müßte. Die Länder würden entpolitisiert, was sehr segensreich wäre, dagegen bestände die Befugnis, Abgeordnete in den Reichstag zu wählen, dessen Kompetenzen erweitert würden. Die Länder wären also Selbstverwaltungskörper, die dann erst recht ihre zukünftige Eigenart entwickeln könnten. Für Württemberg besonders empfiehlt sich, bei der kommenden Entwicklung nicht zu lang zu warten, damit es nicht wie 1871 zuletzt von Bayern im Stich gelassen wird und sich zu weniger begnügen muß als vorher zu erreichen gewesen wäre.

Beiträge zur Krankenkasse bei Arbeitsunfähigkeit

Unter dieser Stichmarke läuft durch die Tagespresse eine die Auslegung des § 333 der Reichsversicherungsordnung behandelnde Mitteilung, die ausgesprochenemmaßen in der Absicht verbreitet wird, die Arbeitnehmer von dem Beitrage zu entlasten zu versuchen.

Hierzu mag die Versicherungsanstalt des Gewerkschaftsbundes der Angestellten darauf aufmerksam, daß in der verbreiteten Mitteilung absichtlich die verschiedenartigen Dienstverhältnisse von Angestellten und Arbeitern ununterschiedlich behandelt worden sind. Das Lohnverhältnis der Arbeiter (Lohn) bzw. (Wohngeld) läßt einen Vergleich mit dem ganz andersartigen Angestelltenverhältnis der Angestellten (Monatsgehalt) nicht zu. In dieser Verhältnisse liegt es begründet, daß die Versicherungsanstalt der Angestellten Monatsbeiträge erheben, die Erkrankten angestellten dagegen Wochen- bzw. Tagesbeiträge. Die Angestellten sind in ihren Krankentagen nach § 207 Abs. 2 der Versicherungsanstalt der Erkrankten angestellten entlastet. Das gilt auch hinsichtlich der Beitragsfreiheit bei Arbeitsunfähigkeit, wenn den Angestellten unter Berücksichtigung des Beitrages nicht die Möglichkeit an Krankentage verleiht. Verschiedene wie auch, daß die Versicherungsanstalt der Angestellten ihren Mitgliedern ganz bedeutende Mehrleistungen gewähren, die die Versicherungsanstalt nicht aufweisen haben. In diesen, den Bedürfnissen angepaßten Leistungen der Angestellten Krankentage und den dennoch sehr niedrigen Beiträgen liegen für die Angestellten die Vorteile. Das ist zwar den meisten Angestellten bekannt, muß aber im Hinblick auf die unrichtige Darstellung zur Mithilfeleistung und Unterstützung der Öffentlichkeit nur einmal festgestellt werden.

Rechtsregierung und Dispreußenhilfe

Demokratische Antrag in Laubach

Die Abgeordneten Dr. Falk, Dr. Orzmel und die übrigen Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion in Preußen haben nachstehenden Antrag eingebracht: „Die Provinz Dispreußen kann im Rahmen der Dispreußenhilfe sofort eine Anleihe von 20 Millionen Dollar erhalten. Dem Vernehmen nach hat die bisherige Reichsregierung gegen die Aufnahme der Anleihe Bedenken. Die Anleihe ist verschiedenen Betrieben in Dispreußen von größter Bedeutung und ihre Verzögerung führt schwersten Schaden zu. Wir beantragen daher: Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung dringend einzuwirken, daß diese Bestimmungen festgelegt werden.“ Ferner haben die Abgeordneten Falk, Hoff, Dr. Orzmel und die übrigen Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion nachstehenden Antrag eingebracht: Die Häuser von der Dispreußen und Hoffstädte befinden sich seit langer Zeit in einer großen Notlage, die auf die Verzögerung der Hilfsgründe und die hohen Kosten der Fortsetzung und Neuzugriff führen ist. Der Landtag wolle be-

schließen: a) das Staatsministerium zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zur schnelleren Milderung dieser Notlage zu ergreifen, und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, b) dem Landtag einen Bescheid vorzulegen, der die dauernde Beteiligung dieser Notlage zum Ziele hat.“

Das bayerische Wahlrecht

Demokratische Reichstagsinterpellation.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehende Interpellation eingebracht:

Der Bayerische Landtag hat das Bayerische Wahlgesetz geändert und Bestimmungen in Kraft gesetzt, die den in der Reichsverfassung festgesetzten Grundgrößen der Verhältniswahl ebenso wie denen der gleichen und direkten Wahl widersprechen.

Dem Grundged der gleichen Wahl widerspricht die Höhe der Verteilungszahl; nach dem bayerischen Wahlgesetz wird eine Partei, selbst wenn sie mehr als 100 000 Stimmen, d. h. etwa 5 Proz. der Gesamtstimmzahl erhalten hat, aus dem Landtag ausgeschlossen, falls sie nicht in einem der zehn kleinen Wahlkreise einen sehr hohen Quotienten erreicht. Der Quotient beträgt z. B. im Wahlkreis Mittelfranken, der bei der Reichstagswahl nur etwa den vierten Teil eines Wahlkreises ausmacht, 32 293 Stimmen. Infolge dieses Verfahrens blieben 108 794 demokratische Stimmen und 105 000 Stimmen der Wirtschaftspartei, die am 20. Mal in Bayern abgegeben wurden, unberücksichtigt, während dieselbe Stimmzahl genügt hat, um der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei für den Reichstag ein Mandat zu verschaffen und während die Deutsche Volkspartei mit 109 518 Stimmen vier Landtagsmandate erhielt.

Den Grundgeden des gleichen Wahlrechts widerspricht die tiefe Reichsbedeutung des Wahlquotienten in den verschiedenen Wahlkreisen. So sind z. B. im Wahlkreis Niederbayern nur 21 826 Stimmen für ein Mandat nötig, im Wahlkreis Mittelfranken hingegen 32 293. Die Deutsche Demokratische Partei, die im Wahlkreis Mittelfranken 22 304 Stimmen, im Wahlkreis Oberbayern 24 429 Stimmen erhielt bekam im ganzen Lande kein Mandat zugebilligt, obwohl sie den in Niederbayern geltenden Wahlquotienten mehrfach überschritten hatte.

Den Grundgeden der gleichen und direkten Wahl widerspricht die Bestimmung des bayerischen Landtagswahlgesetzes, das nachträglich von den Reichsleitungen einiger Parteien 15 Abgeordnete ernannt werden können. Eine solche nachträgliche Ernennung von Abgeordneten, deren Namen den Wählern vor der Wahl nicht, wie es im Reich auf der Reichstagsliste geschieht, an sichtbarer Stelle und in bestimmter Reihenfolge genannt worden waren und mit deren eventueller Wahl sie sich begnügen durch ihren Stimmzettel gar nicht einverstanden erklären konnten, ist eine indirekte Wahl und mit den Grundgeden der Reichsverfassung nicht vereinbar. Bei dieser Ernennung handelt es sich nicht um eine gleichmäßige Berechnung von Reststimmen, sondern um eine Zuteilung von Mandaten an einige große Gruppen ohne jede Mitwirkung der Wähler. Bei dieser Zuteilung werden die Mandate vererbt, die rechtmäßigerweise den durch die anderen verfassungswidrigen Bestimmungen ihrer Mandate betrauten Parteien hätten zutommen müssen.

Gegen die Ungleichheit des bayerischen Landeswahlgesetzes hat der Landesverband Bayern der Deutschen Demokratischen Partei bereits am 18. 2. 1923 Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angehängt. Zwei Monate später, am 26. 4. 1923, hat der bayerische Landtag mit rückwirkender Kraft den bayerischen Staatsgerichtshof für diese Klage allein zuständig erklärt. Dieses Geheiß widerspricht gleichfalls allen Grundgeden des öffentlichen Rechts.

Was denkt die Reichsregierung zu tun, um die traffen Rechtsgründe, die durch die Beschlüsse des Bayerischen Landtages befangen sind, abzuheben und den Vorschriften der Reichsverfassung auch hinsichtlich des bayerischen Wahlgesetzes Geltung zu verschaffen?

Programm des Londoner Demokratenkongresses

Reinhold und Prof. Bonn sprechen.

Das Programm der fünften Generalversammlung des internationalen Bundes der Demokratischen Parteien Europas in London ist jetzt endgültig aufgestellt. Die Kritik, die der Parlamentarismus zurzeit in vielen Ländern durchmacht, hat dazu geführt, daß man in den Mittelpunkt der Debatte eine Untersuchung über die Innergeschichte des parlamentarischen Systems in Amerika und in Europa gestellt hat, namentlich in Beziehung auf die Stellung des Präsidenten. Für Deutschland wird zu dieser Frage der frühere Reichsfinanzminister, der jetzige Reichstagsabgeordnete Reinhold sprechen. Namens der französischen Gruppe hat Minister Palméole ein Referat über das Proportionalstimmrecht und die Bedeutung des Systems der Auslese der Parlamentarier angekündigt.

Der Herausgeber des „Economist“, Layton, und der deutsche Professor Bonn werden über die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz und ihre Bedeutung für die wirtschaftspolitische Annäherung der europäischen Staaten sprechen.

Es folgt dann noch ein Referat des Engländers, Prof. Gilbert Murray über das Abrüstungsproblem und schließlich Referate des Polen Dabisi und eines dänischen Abgeordneten über die Agrarfrage. Bei einem Bankett, das Lord George den Demokraten Europas gibt, werden neben diesem Führer der englischen Liberalen, Koch-Weser als Führer der deutschen Demokraten und Daladier als Präsident der französischen Radikalen das Wort ergreifen.

Ausbau der demokratischen Organisation

Auf der Tagung des demokratischen Parteivorstandes ist, unabhängig von allen politischen Erörterungen, der verstärkte Ausbau der demokratischen Partei mit allem Nachdruck gefordert worden. Sowohl in den Referaten des Parteivorstandes Koch-Weser und des Senators a. D. Stübmann als auch in der Ansprache wurde erklärt, daß die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei unter Leitung des Hauptgeschäftsführers Stephan außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet habe, ebenso ist auch von einem großen Teil der Organisationsmitglieder mitsprachig geteilt worden. Es ist aber noch nicht gelungen, alle Glieder der Parteivorstandes auszufüllen, insbesondere gibt es gewisse Gebiete, in denen die Demokratische Partei gar nicht oder nur sehr schwach vertreten ist. Das liegt zum größten Teil daran, daß es infolge des Terrors und der Boykottbestrebungen der Reichsparteien nicht gelingen konnte, hier eine größere Anzahl von Persönlichkeiten zu finden, die offen die Partei vertreten. Nur so ist es zu erklären, daß die Reichsgeschäftsstelle in den unteren Verwaltungskreisen außerordentlich groß ist. Landkreise mit Gemeinwesen bis zu 50 v. S. gegenüber dem Wahlergebnis von 1924 liegen nur mittelbar neben solchen, die einen gleichen Hundertteil im gleichen Zeitraum verloren.

Die Parteiorganisationen sind gleich nach der Wahl gebildet worden, eingehende Berichte über das Wahlergebnis der Parteizentrale einzurichten. Diese Berichte, die zum größten Teil schon eingegangen sind, werden zur Zeit geprüft, und das Ergebnis wird auf der Organisationsstagung, die im Frühjahr stattfindet, im einzelnen erörtert werden.

Unabhängig von dieser Organisationsstagung haben bereits jetzt eine große Anzahl der demokratischen Wahlorganisationskreise Konferenzen abgehalten, in denen das Wahlergebnis nach den besonderen Verhältnissen der Wahlkreise erörtert wird.

Neugestaltung des demokratischen Wirtschaftsprogramms.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat einen Ausschuss mit der Aufgabe beauftragt, die Neugestaltung eines demokratischen Wirtschaftsprogramms vorzunehmen. In den Ausschuss wurden gewählt die Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer, Kemmer, Oscar Meyer, Prof. Bernbard, Dr. Wark, Elisabeth Anders; dem Ausschuss gehören weiter an: Dr. Stolper und der Preussische Landesminister Dr. Schreiber, und schließlich wird noch Prof. Bonn-Berlin gebeten werden, in den Ausschuss einzutreten.

Demokratie und Handwerk.

Auf dem 8. Sonderkongress des Kurhessisch-Rhadefischen Handwerkerbundes wurde der demokratische Landtagsabgeordnete Knies einstimmig wieder in den Vorstand gewählt. Landtagsabgeordnete Knies dankte für das Vertrauen, das ihm durch seine Nominierung in den Bundesvorstand des Handwerkerbundes entgegengebracht worden sei. Er betonte, daß es hauptsächlich die Pflicht des deutschen freiheitlich denkenden Mittelstandes sei, Maßnahmen der Selbsthilfe zu ergreifen. An der großen öffentlichen Handwerkerlandtagung nahm u. a. auch Regierungspräsident Friedensburg teil, der die Grüns der preussischen Staatsregierung überbrachte.

General von Schoenig und die Demokratische Partei.

Generalmajor a. D. Dr. Freiherr von Schoenig hat vor der Wahl, im Februar des Jg. Agitationen für den Gedanken der Kriegsbewertung veranlaßt. Er fordert dabei, „weil es praktisch keine Möglichkeit gibt, die Dinge zu durchzuführen, die Vorbereitung jeden Kriegsdienstes, auch für den Fall des Verteidigungskrieges. Die Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei hat damals Herr v. von Schoenig darauf aufmerksam gemacht, daß sie diesen Standpunkt nicht teilt und daß er von weiteren streifen, die pazifistisch eingestellt sind, nicht verstanden wird. Daraufhin hat Freiherr von Schoenig auf seine Mitgliedschaft verzichtet.“

Zur Diskussion über den Wahlausfall

Wir sehen mit diesem Artikel die Aussprache fort.

Es ist außerordentlich begrüßenswert, daß den Anregungen des Herrn Reichols, zu dem Ausfall der letzten Wahlen für unsere Partei, seinen Ursachen und Folgen sich ungeniert zu äußern, schon verschiedentlich Folge geleistet worden ist. Denn daß das Bedürfnis nach gründlicher Behandlung dieser Fragen nach diesem Wahlausgang ganz besonders stark ist, dürfte wohl außerhalb jeder Erörterung stehen. Ja, ich gehe noch weiter, und meine Erfahrungen mit politischen Freunden bestärken meine Annahme, die Meinung, zu resignieren, ist diesmal in weiten Kreisen unserer Anhänger zu erschauern, daß man geradezu an der Zukunft unserer Partei verzweifeln möchte. Ich betone ausdrücklich: unsere Partei, nicht etwa an ihren Ideen und Gedanken und Zielen, denn die gerade sind es, die einzig und allein den Schwagen wieder aufzurichten vermögen und für die Partei eintrien lassen.

Wir Lauerfurter Demokraten können mit dem örtlichen Ausfall der Wahlen inwiefern zufrieden sein, denn wir haben einen nicht unerheblichen Gewinn an Stimmen zu verzeichnen, und daraus leiten wir auch das Recht ab, ganz offen und ungehindert unsere Ansicht zu dem obermöglichen Nützung unserer Stimmzahl zu sagen. Nicht als ob wir nur fruchtlose Kritik abliehen wollten, nein, wir erkennen voll und ganz an, daß diesmal die Organisationsarbeit durchaus auf der Höhe war, daß keine Arbeit geleistet worden ist, um auch das letzte Wort zu erlassen. Diese Tatsache beweist, daß die Arbeit des Parteivorstandes durchaus nicht im Verlangen des Parteivorstandes zu liegen ist, sondern auf einem anderen Gebiete. Die Folge der Wirtschaftspartei betonen deutlich, daß man auch ohne großen Aufwand, ohne große Werbung und ohne erhebliche Kosten Anhänger gewinnen kann. In einem der frühesten Zukunftsartikel fragt der Verfasser (Prof. G. a. d. 1829): „Wie ist das möglich?“ Bei der Wirtschaftspartei glaubt man folgende Gründe für den Erfolg beobachtet zu haben: zunächst ist sie als Sammelbecken aller mit der Politik der bisherigen großen bürgerlichen Parteien Unzufriedenen aufzufassen. Doch man gerade mit der nationalen und der sozialen Politik unserer Partei vielfach nicht einverstanden war und ist, können wir auf dem flachen Boden alle Tage feststellen. Selbst viele alte Parteimitglieder haben zu manchem Beschlusse unserer Abgeordneten den

stapf geschüttelt und immer wieder betont, daß wir uns sehr weit von den Grundfäden des alten Liberalismus und Freiheits entfern hätten. Uebrigens stellen ja unsere Gegner (Dr. v. Campe) mit großer Genugtuung immer wieder fest, daß diese zünftigen Demokratie und Liberalismus ein großer Unterschied sei. Hieres möchten wir auch der Meinung Ausdruck geben, daß uns Dr. Schreiber in unserer Begierde mit seiner klugen und verständigen Wirtschaftspolitik vor Schlimmerem bewahrt hat.

Zweites beruhen die Erfolge der Wirtschaftspartei auch auf der Tatsache, daß sie sich vorwiegend auf bestimmte Organisationen und Interessenverbände stützt. Als unbedingt erstrebenswertes Ziel für unsere Partei möchten wir das nicht herausstellen, denn das müßte eine zu eng begrenzte und einseitige Interessenpolitik ausbilden, aber ein Stamm von Wählern, die — leider müssen wir dem nachgeben — durch einen gewissen Gleichklang der wirtschaftlichen Interessen verbunden sind, wäre unserer Partei zu wünschen und müßte durch entsprechende Politik geschaffen werden. Allen alles recht zu machen, ist nun einmal eine Kunst, die niemand kann. Eine solche Politik muß den Eindruck der Weisheit, der Menschlichkeit, der übertriebenen Vorsicht machen, die nichts gewinnt, sondern die Aufrechten, Klaren und Zielbewußten nur vor den Kopf stoßt. Vielleicht wäre es für uns das Gegebene, eine mehr promozionierte Mittelstandspolitik zu treiben, denn aus Mittelstandskreisen setzen sich doch meistens unsere Anhänger zusammen.

Wesentlich beeinflusst ist der Erfolg der Wirtschaftspartei auch durch die kluge Agitation vor der Wahl, aus der wir auch manche Lehre ziehen können. Nicht die Partei als solche ist Trägerin dieser Agitation gewesen, sondern nach unserer Beobachtung der Mitteldeutsche Handwerkerbund, also eine Organisation, die durch Bieten unmittelbarer und mittelbarer materieller Vorteile ihre Mitglieder so fest an sich bindet, daß sie ihr auch in politischen Dingen willig und gern folgen. Auffällig war es doch geradezu, wie unermüdlich der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Handwerkerbundes vor der Wahl auch in den kleinsten Ort reiste und dort über Fragen, die den Gewerbetreibenden am dringendsten erschienen, sprach. Er trieb keine offene Wahlpropaganda, aber dem Informierten war das Ziel dieser Agitation klar. Gewerbl. Buchstellen, Steuerberatung, Kurse aller Art, also praktische Dinge, taten ein übriges. Nicht zu vergessen ist auch die Tatsache, daß dem Handwerker die vermeintlichen Erfolge der Landwirte, Beamten und Arbeiter durch ihre maßvollsten Organisationen (Landbund, Beamtenbund, Gewerkschaften usw.) keine Ruhe lassen und er — das wird ihm durch Vorträge und Briefe nahezu täglich eingeschmeichelt — in dem Handwerkerbund die gebührende Anerkennung, seinen Ansprüchen mehr Ausdruck zu verschaffen. Doch er dabei eine Gefahr herauszufinden, die sich für ihn verheerend auswirken kann, entgeht ihm überhaupt.

Eyne Zweifel hat auch das Wort „Wirtschaftspartei“ viele Veranlassung angeleitet, die alle politischen Fragen unter dem Gesichtswinkel der Wirtschaft betrachtet wissen wollen und daß das heute, in der Zeit der Armut und Not unseres Volkes, ein ganz erheblicher Teil der Wähler ist, dürfte klar und selbstverständlich verständlich sein. Mit der Wahl des Namens „Wirtschaftspartei“ hat diese Partei entschieden klüger gehandelt als die demokratische Partei mit ihrem Namen.

Interessant war es, vor der Wahl aus dem Munde vieler durchaus liberal gesinnter Wähler immer wieder den Vorwurf zu hören, die demokratische Partei sei zu sehr Beamtenpartei. Diese Ansicht dürfte sich nun nicht etwa auf die Beamtenpolitik unserer Partei — denn darin unterscheidet sie sich wesentlich von den übrigen —, sondern man wies immer wieder darauf hin, daß fast alle führenden Männer unserer Organisation, bis zum kleinsten Ortsverein hinab, Beamte seien. Obgleich dieser Vorwurf auf die Gewerbetreibenden, die letzten den Mut haben, ihre politische Meinung offen zu betonen, zurückfällt, hat seine Verbreitung doch vermocht, unsere Reihen zu locken und die der Wirtschaftspartei zu verstärken. Daraus ergibt sich für uns die Lehre, in Zukunft eben mehr Leute der Wirtschaft in der Organisationsarbeit heranzuziehen.

Wir haben uns abzüglich länger mit den Ursachen für den Wahlerfolg der Wirtschaftspartei befaßt, weil wir der Meinung sind, daß wir aus deren Wahlkampf zu mancherlei Lehre ziehen können. Welches dieselben sind, ist aus dem eben Gesagten klar ersichtlich und braucht nicht näher erörtert zu werden. Wir sind immer der Auffassung gewesen, daß die Wirtschaftspartei für uns der gefährlichste Gegner ist und der Ausgang der Wahl hat uns recht gegeben. Und was haben wir im Wahlkampf getan? An Organisation und Agitation hat es nicht gefehlt, aber sie bewegten sich in falscher Richtung. Auf die Deutschnationalen hat man losgeschlagen und die Wirtschaftspartei zu leicht genommen. Vor allem ist man um die links von uns sich befindlichen Parteien mit geradezu übertriebener Vorsicht und Rücksicht auf etwaige Regierungskoalitionen herumgegangen. Im Wahlkampf gibt es keine Rücksichten — ohne dabei irgendwie die anständige Form des Wahlkampfes zu verletzen —, aber die benachbarten Parteien brauchen uns genau so notwendig wie wir sie. Warum zieht man nicht scharf den Trennungspunkt zwischen uns und der Sozialdemokratie, mit der wir außer einigen staatspolitischen Punkten so wenig gemeinsam haben?

Ebenso nachteilig hat sich für uns der Mangel ausgewirkt, daß wir bei so vielen Gelegenheiten zu wenig unseren nationalen Standpunkt betont haben. Gewiß, wir lassen uns unter Nationalgefühl nicht schmälern, aber mehr heraus damit auf die Straße, in die Versammlungen und Veranstaltungen aller Art.

Und noch eins, — wenn ich mich auch damit in Gegensatz zu einem großen Teil unserer Freunde setze — unsere Sozialpolitik halte ich für keine glückliche. Man kann heute sprechen, mit wem man will, die Auffassung ist allgemein, daß unsere Sozialpolitik, die unsere Partei stark mitbestimmt, einerseits eine wirtschaftliche Gesundung ganz erheblich erschwert und andererseits eine für unsere Demokra-

D. D. P. - Halle.

Freitag, den 29. Juni, abends 8 Uhr
im Neumarkt-Schützenhaus

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Nach den politischen Wahlen.
2. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.

Wir bitten alle Mitglieder um Beteiligung an dieser wichtigen Versammlung, da sie bestimmend für unsere Arbeit nach den Reichs- und Landtagswahlen ist und auch Beschlüsse über das Vorgehen der Partei bei den Stadtverordnetenwahlen in Halle zu fassen haben wird.

Der Vorstand.

tion in bezug auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsfreudigkeit ausübt. Wir müssen den Gegensatz betonen, der zwischen unserer Sozialpolitik und der verständigen, heute einzig möglichen Wirtschaftspolitik Dr. Schreibers besteht. Sozialpolitik muß sein, da wo sie angebracht ist, wo wirtschaftl. Not herrscht, aber wenn sie dahin führt, daß dem Menschen jedes ernste Bemühen um Arbeit geteilt, jedes Verantwortungsgefühl genommen wird, dann muß sie um keinen Preis. Unserer Partei hat sie nach unseren Erfahrungen erheblich geschadet.

Nach dem oben Gesagten ist es uns klar, daß nicht etwa ungenügende Organisationsarbeit an unserem abermaligen Mißgelingen schuld ist, nein, vielmehr die nicht immer glückliche Politik unserer Partei. Wenn Herr Professor Grafenfeld meint, daß wir in Zukunft eine großartige politische Schulungsbewegung vor allem in bezug auf die großen politischen Fragen treiben müssen, so sagen wir: gerade durch Erörterung der scheinbar unbedeutenden, kleineren, wirtschaftlichen Einzelfragen und praktischen Dinge können wir nur neue Anhänger gewinnen. Gerade darauf haben wir die wenig aus geringen Luerfaktor Erfolge erzielt. Lernen wir doch von der Wirtschaftspartei und binden wir auch unsere Freunde durch gewisse materielle Vorteile. Selbstverständlich dürfen wir daneben auch die großen Ziele unserer Partei nicht aus dem Auge lassen.

In der Art unserer Agitation scheinen wir ja schon etwas gelernt zu haben, insofern als wir bei dem letzten Wahlkampf mehr Männer der Praxis, der Wirtschaft, der unkomplizierten Nebenerwerb haben werben lassen. Das ist bestimmt auch ein Fehler unserer Partei, daß sie zu intellektuell ist, daß sie zu sehr mit ihrem geistreichen Theoretisieren über den einfachen Menschen hinwegredet. Wir haben immer beachtet, daß solche Redner und Agitatoren, die, wie man zu sagen pflegt, so sprechen wie ihnen der Mund gewaschen ist, oft die besten Erfolge haben, lernen wir daraus!

Und nun noch die Pressefrage! Da ist das Hauptübel. Was nützt uns alle Propaganda durch Versammlungen, Plakate, Schallplatten usw., wenn den Leuten durch ihre Tagespresse immer wieder das Gegenteil eingeschmeichelt wird und durch sogen. „Fälle“ ein Absehn vor der schlimmen demokratischen Partei eingeplant wird. Wir müssen unbedingt als oberstes Ziel für unsere Partei im Auge behalten, wieder eine Tagespresse zu beschaffen. Sparen wir lieber das viele Geld für die nahezu nutzlosen Wahlversammlungen und verwenden es für eine Zeitung, dann ist uns mehr gebiet. Die Erfolge der Wirtschaftspartei beruhen zum großen Teile auf dem Organ des Mitteldeutschen Handwerkerbundes.

Wir haben damit in großen Zügen und durchaus nicht etwa lädenlos unsere Ansicht über die Gründe für den abermaligen Mißgange unserer Partei angegeben und glauben zugleich gezeigt zu haben, wie eine Aenderung herbeigeführt werden kann, d. h. nach unserer Meinung. Gehehen muß doch unbedingt etwas oder wir müssen uns eben mit der Tragik ausöhnen, daß je mehr demokratische Deutschland regiert wird, um so mehr sich die demokratische Partei vergrößert. Fehler müssen gemacht worden sein, sonst würden sich die Wähler nicht immer mehr von uns abwenden. Sie anzuklagen haben wir uns bemüht und wir würden uns freuen, wenn andere Kreise sich dazu äußern würden.

J. He. Luerfurt.

Bezirk Halle

Die Ortsgruppe Halle des Republikanischen Studentenbundes (R. S. B.) und die des Bundes freiständlicher Akademiker hatten zu einer Tagung des Kreises Mitteldeutschland des Deutschen Studentenverbandes zum letzten Sonntag nach der schönen Saalefahrt Raumburg eingeladen. Dieser Einladung waren die republikanischen Studenten- und Hochschulgruppen der Hochschulen Halle, Jena, Leipzig und Dresden in großer Anzahl, sowie viele Akademiker gefolgt. Als Vertreter der Spitzenorganisationen waren aus Berlin erschienen: der Vorsitzende des Arbeitsausschusses des Bundes freiständlicher Akademiker, gleichzeitig Vorsitzender der preussischen demokratischen Landtagsfraktion Oberstudienrat Dr. Wöhner, Magdeburg, und das Bezirksmitglied des Deutschen Studentenverbandes, cand. jur. Werlowitz, Berlin. Beide Organisationen haben es sich beabsichtigt unter anderem zur Aufgabe gesetzt, die staatsfeindliche Reaktion auf der Hochschule und bei den Akademikern zu bekämpfen und dahin zu wirken, daß auch begabten Söhnen und Töchtern miterbeimittelter Kreise das Hochschulstudium ohne Schwierigkeit ermöglicht wird. Auf der Vormittagssitzung im Ratsteller wurden die Aufgaben und Ziele für die nächste Zukunft besprochen. Außerdem geschah die Vorberedung zur Gründung von Ortsgruppen des Bundes frei-

williger Akademiker so weit, daß auch ein Zusammenkunft der freiständlichen Akademiker in Jena, Leipzig, Dresden in alternativer Zeit gewahrleistet ist. Nach einer kurzen Pause wanderte man bei schönem Wetter zu der nahegelegenen Schönbürg, wo man im nächsten Jahr bei Tanz und Lied in echter studentischer Fröhlichkeit den Nachmittag und Abend verbrachte. Auch die Treffen hat in hohem Maße dazu beigetragen, die freundschaftlichen und kameradschaftlichen Beziehungen zwischen den republikanischen Jung- und Altakademikern auf dem deutschen Festland zu vertiefen und die gemeinsame Arbeit fördern.

Halle. Der Bezirksvorstand der D. D. P. des Westfalens Halle-Merfeld hielt am vergangenen Sonntag eine aus dem Kreisvereinen sehr gut besuchte Kreisversammlung ab, an der auch Herr Minister Dr. Schreiber teilnahm. Der Vorsitzende, Herr Kenter, brachte zum unter allseitiger Zustimmung Worte des Dankes an die Kandidaten und an alle Mitarbeiter bei der Wahl zum Ausdruck und gab dann an Hand einer eingehend gehaltenen Statistik einen Überblick über das Wahlergebnis. Die anschließende Aussprache, in der besonders Minister Schreiber bemerkenswerte Ausführungen über die allgemeine politische Lage und über die Stellung und Zukunft der D. D. P. machte, ließ den einmütigen Willen an Tagungsteilnehmer erkennen, sich durch das für die Partei ungünstige Wahlergebnis nicht läßmen zu lassen, vielmehr mit verstärkter Kraft und sofort die Weiterarbeit überall aufzunehmen.

Zu den von der Tagespresse verbreiteten Mitteln über Verbreitungen nach einem Zusammenstoß in Halle teilnahm der Bezirksvorstand der D. D. P. des Westfalens Halle-Merfeld, der die Verbreitungen nach dem Parteitag nachsteht:

„Der Bezirksvorstand der D. D. P. im Wahlkreis Halle-Merfeld hielt dem zur Zeit in einem Teilsitzung der Parteimitglieder den Gedanken einer Zusammenkunft des Liberalismus abnehmend gegenüber. Der Bezirksvorstand hält es vielmehr gerade jetzt für erforderlich dem demokratischen Gedanken in verstärkter politischer organisatorischer Parteiarbeit zur Durchsetzung zu helfen.“

Diese Auffassung des Bezirksvorstandes steht sich allerdings dem Sinne nach vollständig mit dem im Parteitag in Halle herrschenden Ansicht, die in Form einer Entschließung folgenden lautet:

Trotz unermüdlicher Arbeit unserer Freunde und bewährten Führung durch unseren Vorsitzenden ist das Wahlergebnis das Ergebnis der Reichstagswahl ein großes Enttäuschung gebracht. Dieses Ergebnis läßt uns nicht nur empfinden, man erst recht die Notwendigkeit und Verpflichtung, mit vermehrter Kraft an der Durchsetzung unserer Gedanken und am Ausbau unserer Organisation arbeiten.“

Zur Erläuterung dieser Entschließung schreibt Reichsgeschäftsführer: Die Entschließung und ihre einstimmige Annahme bedeutet zugleich die Dementierung an der Tatsache, die von einer bevorstehenden Fusion der Partei mit der Deutschen Volkspartei sprechen, sind überhaupt nur zu erklären aus der Verwirrung, unmittelbar nach der Wahl in manchen politischen Kreise ausbrach. Daß die Provinzpresse sie in erstaunlichem Maße verbreitete, ist schon auffallend. Denn sie hätte sich über klar sein müssen, wie unbenachbar — um nur ein, das durchschlagende aller entgegenstehenden Momente betonen — die Verschmelzung zweier Parteien ist, die weit und weit in der Vergangenheit im Kampf gegen einander gestanden sind, einem Kampf, der sich als die Zugehörigkeit zu verschiedenartigen Regierungskontingenzen ergab. Die Fusionsgerüchte waren lediglich ein Beweis des Mangel an Verständnis für die Geistes, unter den Parteioptionen allein arbeiten können. Wir bitten die lächerlichen, aber auch gefährlichen Fusionsgerüchte mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Eine Partei kann nicht vorwärtskommen, wenn man überall darüber diskutiert, ob sie aufrecht erhalten werden soll. Wir haben im Augenblick nur die eine politische organisatorische die Lehren aus dem Wahlergebnis ausfallen zu ziehen. In den Parlamenten sind uns Abgeordneten, wie die vielfach und guten Vorschläge bereit mit Gifer an die Arbeit gegangen. Die Parteioptionen müssen das selbe tun.

Auch in unserem Wahlkreis muß bei allen kommenden Zusammenkünften die Beratung über die Partei die Hauptaufgabe der Organisationsarbeit der Partei sein. Hauptpunkt bilden. Es ist ein Fehler, wenn gerade hierauf zu wenig Gewicht gelegt wird. Was hinter uns liegt, muß gegenüber der Zukunft nur verschwindendes Interesse haben. Also an die Arbeit!

Weißenfels. Das Sommer- und Kinderfest der Deutschen Demokratischen Partei am Sonntag, dem 17. Juni im Bahnhofrestaurant Leisting hielt sich trotz der vielen anderen großen Veranstaltungen eines sehr guten Verlaufes zu erfreuen. Es war in erster Linie ein Kinderfest. Die wenigen Musikanten begrüßte der Vorsitzende Lehrer Schneider, die zahlreiche Festversammlung von Singschul und mit herzlichen Worten. Darauf begann die Beschäftigung der Jugend. Nachdem die Gesänge und die anderen Unterhaltungen an die Kinder verteilt und die Scherz- und Anekdote für Herren und Damen ausgegeben, wobei Abend herangenommen. Unter Vorantritt der Kapelle sowie des Spielmannszuges des Reichsbanner Schwanen-Gold ging es bei Fackel- und buntem Laternenlicht durch das Dorf und dann zwischen Weize und Berg und zurück nach Weißenfels.

Wir bitten, bei allen Verlesungen und Artikeln, die zu der Veröffentlichung im „P. W.“ zugehen, das Papier zu einer Seite zu beschreiben. Die Schriftleitung.

Beantwortliches Johannes Bornblatt, Halle. Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Poststraße 9.

